



Stockhofs aus Berlin

Liebe Leserinnen und Leser!

Ein bitterer Sonntag. Die drei Landtagswahlen am vergangenen Sonntag haben für die etablierten Parteien fast überall herbe Verluste gebracht. Wir freuen uns, dass die CDU mit Reiner Haseloff in Sachsen-Anhalt weiterhin den Ministerpräsidenten stellen kann. Aber ganz ohne Frage hat das Flüchtlingsthema den Wahlausgang deutlich beeinflusst.

Der Protest, der sich aus Angst und Sorgen der Bürger speist, hat zum Erstarren einer Partei beigetragen, die das Gegenteil unserer Überzeugungen vertritt. Die Antwort darauf muss lauten, die Flüchtlingsproblematik konsequent und vor allen Dingen dauerhaft zu lösen. Der beste und einzig nachhaltige Weg, dieses Ziel zu erreichen, ist eine europäische Lösung. Hierfür ist die Grundlage in den vergangenen Monaten gelegt worden.

Wir sind nun noch deutlicher gefragt, dass wir uns jetzt auf unsere Stärken besinnen. Die Menschen in Deutschland wollen keinen Streit in der Unions-Familie, sondern sie erwarten zurecht ein entschlossenes und einig Vorgehen.

Unsere Kernkompetenzen sind gefragt – wir müssen und können beweisen, dass wir kompromisslos für die innere Sicherheit und für eine realistische Integration auf Zeit stehen, bis der Fluchtgrund entfällt und die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren. Wir wissen um den Wert der Religionsfreiheit, wir lehnen aber Parallelgesellschaften, die im Schatten falsch verstandener Toleranz entstehen, ab. Wir stehen für finanzpolitische Vernunft und die „Schwarze Null“. Wir setzen die richtigen Rahmenbedingungen, um Deutschland als Innovationsmaschine zu erhalten und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken.

Es grüßt Sie herzlich

Ihre Rita Stockhofs

Glyphosat – Grüne Panikmache zu Lasten der Verbraucher

Die Aufregung um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat ist groß. Im Sommer läuft die Zulassung auf europäischer Ebene ab, für eine Verlängerung dieses Mittels sind über 1000 Gutachten bzw. Untersuchungen durchgeführt worden.

Bei keiner dieser Untersuchungen ist bei vorschriftsmäßiger Anwendung eine Gesundheitsgefährdung festgestellt worden. Und die Analysequalitäten sind heutzutage so weit vorangeschritten, dass ein Zuckerwürfel im Bodensee nachgewiesen werden könnte. Das heißt aber noch nicht, dass dieser schädlich ist.

Fakt ist, seit über 40 Jahren wird Glyphosat in der Landwirtschaft eingesetzt, ohne dass es auch nur einen einzigen ernstzunehmenden Hinweis auf schädliche Nebenwirkungen für den Menschen gibt. Obwohl unsere Lebensmittel sicherer sind als jemals zuvor, glauben viele Menschen, dass unser Essen immer gefährlicher wird. Kürzlich wurden sogar in mehreren Biersorten Glyphosatrückstände festgestellt. Verschwiegen wurde aber, dass man täglich ca. 1000 l Bier zu sich nehmen müsste, um eine gesundheitsschädliche Menge an Glyphosat aufzunehmen. Ähnlich große Verunsicherungen gibt es zu einer von den Grünen aufgegebenen Studie zu Glyphosat in Muttermilch. Obwohl mittlerweile feststeht – und das haben die Grünen im Ausschuss auch bestätigt –, dass die Ergebnisse dieser Studie nicht seriös zustande gekommen sind, und es keinerlei schädliche Rückstände in der Muttermilch gibt. Trotzdem fragen sich viele stillende Mütter nach wie vor, ob sie nicht besser abstillen sollen. Ich nenne das eine unverantwortliche Panikmache. Leider berichten die Medien in großer Auflage lieber über angebliche Missstände oder Skandale als über Fakten.

Arbeitsentwurf des Bundesverkehrswegeplans setzt wichtige Signale für die Region

In dieser Woche hat das Bundesverkehrsministerium den ersten Entwurf für den Bundesverkehrswegeplan bis zum Jahr 2030 veröffentlicht. Er bildet die Grundlage für Investitionen in den Ausbau, Erhalt und Neubau der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland. Der Anteil Nordrhein-Westfalens an den Straßenprojekten wird von 16 auf 19,2 Prozent und damit um ein Fünftel steigen. Alle nordrhein-westfälischen Autobahnprojekte werden erfreulicherweise im vordringlichen Bedarf sein. Im vorgelegten Arbeitsentwurf ist der Ausbau der A 43 bis zur Anschlussstelle Marl-Sinsen mit einem Gesamtvolumen von 451,6 Mio. Euro vorgesehen. Auch werden die Ortsumfahrungen B 225 in Alt-Marl mit 2,7 Mio. Euro als auch B474 in Datteln im vordringlichen Bedarf eingestuft.

Ebenfalls sollen im Bereich der Wasserstraßen wichtige Ausbauprojekte in Angriff genommen werden: Für den Ausbau des Wesel-Datteln-Kanals bis Marl sowie der Ersatzneubau der „Großen Schleusen“ werden mit Gesamtkosten in Höhe von 645,7 Mio. Euro kalkuliert. Dies ist ein besonders wichtiges Signal für den Chemiepark. Schließlich hängen 10.000 Arbeitsplätze von einer guten Infrastruktur ab.

Außerdem wird der Datteln-Hamm-Kanal (Oststrecke) mit Gesamtkosten in Höhe von 190,5 Mio. Euro aufgeführt, die Weststrecke des Datteln-Hamm-Kanals wird als fest disponiertes Projekt geführt.

Der vorgelegte Entwurf des Bundesverkehrswegeplans steht konsequent für den Grundsatz „Erhalt vor Aus- und Neubau“. Bei den vorgesehenen Projekten sollen von 2016 – 2030 rund 141 Mrd. Euro in den Erhalt von Straßen, Schienen und Wasserstraßen investiert werden. Mit ihm werden für die kommenden 15 Jahre die entscheidenden Weichen für die bundesweite Verkehrsinfrastruktur gestellt, sein Gesamtvolumen umfasst 264,5 Mrd. Euro und damit rund 91,3 Mrd. Euro mehr als sein Vorgänger. Für Bundesfernstraßen sind rund 130,7 Mrd. Euro, für Schienenwege 109,3 Mrd. Euro und für Bundeswasserstraßen 24,5 Mrd. Euro vorgesehen.

Die einzelnen Projekte im Bundesverkehrswegeplan wurden vorrangig nach ihrem Nutzen für den Verkehr und im Hinblick auf die anfallenden Kosten bewertet. Es fand aber z. B. auch Berücksichtigung, wie sich das jeweilige Projekt auf die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort und den Städtebau auswirkt. Außerdem wurden die Umweltauswirkungen geprüft. Die konkrete Bewertung jedes einzelnen Projektes kann im Internet auf der Seite des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur eingesehen und kommentiert werden. Die breite Öffentlichkeitsbeteiligung ist eine der wesentlichen Neuerungen bei diesem Bundesverkehrswegeplan. Ziel ist es, die Bürger möglichst frühzeitig mit einzubinden. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hat im Internet alle Projekte und ihre konkrete Bewertung veröffentlicht. Alle Interessierten könnten hierzu innerhalb der nächsten sechs Wochen Stellung nehmen. Nach Auswertung der Öffentlichkeitsbeteiligung beschließt die Bundesregierung im Kabinett den Bundesverkehrswegeplan. Danach werden die sog. Ausbaugesetze und Bedarfspläne in den Deutschen Bundestag eingebracht und dort von den Politikern im Verkehrsausschuss im Detail beraten. Hierbei kann es noch zu Änderungen bei den einzelnen Projekten kommen, bevor die Ausbaugesetze im Deutschen Bundestag verbindlich beschlossen werden. In diesem Zusammenhang ist die Landesregierung in Düsseldorf aufgefordert, die Planungsverfahren für Bundesfernstraßenprojekte zu beschleunigen, um die für NRW-Projekte vorgesehenen Mittel auch tatsächlich verbauen zu können.

Europäischer Rat am 17./18. März in Brüssel

Der Europäische Rat wird über weitere Schritte in der Migrations- und Flüchtlingspolitik beraten. Ratspräsident Tusk wurde in der Schlussklärung vom 7. März beauftragt, die mit der Türkei besprochenen Vorschläge weiter voranzubringen und die Einzelheiten mit der Türkei auszuarbeiten. Der Europäische Rat wird über diese Fortschritte beraten und hierzu am 18. März auch mit dem türkischen Ministerpräsidenten Davutoğlu zusammentreffen.

Nur durch eine Kooperation aller europäischen Partner kann es gelingen, insbesondere Griechenland zu entlasten und gleichzeitig den ungeordneten Zuzug von Flüchtlingen zu verhindern. Das Angebot der türkischen Regierung, im Rahmen einer Rücknahmegarantie ein geordnetes Übernahmeverfahren für syrische Flüchtlinge einzurichten, wird insbesondere vor dem Hintergrund der geforderten Gegenleistungen sorgsam zu prüfen sein. Alle Wünsche der Türkei werden wir sicher nicht erfüllen können. Insbesondere bei den Visumserleichterungen muss die Türkei in ihrem Land 72 neue Gesetze verabschieden, um die Voraussetzungen zu erfüllen.

Wenn der Europäische Rat sich verständigt, entsteht dadurch eine nachhaltige Lösung für alle 28 Mitglieder der EU. Das Problem werden wir auf Dauer nicht damit lösen, dass einzelne Staaten Entscheidungen jeweils für sich treffen.

Meine Termine vor Ort

- | | |
|------------------------------|------------------------------------------------------------------|
| 19.03.2016, 18.30 Uhr | Equal Pay Day, Stadtbüro Oer-Erkenschwick |
| 22.03.2016, 10.00 Uhr | Interview im Rahmen eines Uniprojektes, Stadtbüro Haltern |
| 29.03.2016, 19.00 Uhr | Vorstandssitzung Kreis FrauenUnion |